

N I E D E R S C H R I F T

zur 5. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 10.11.2011.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 22:20 Uhr

Anwesend:

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Helmut Paulsen, Jürgen Rabenau, Rolf Hintermeier

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Heijo Hoß, Manfred Möller, Elisabeth Wege

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Frank Nowak

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Rainer Pfeffer

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Reinhard Ahrens

FDP-Fraktion

Christian Fischer

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Peter Eidam, die Beigeordneten Reinhard Karber, Andreas Tauche, Reiner Sauer, Kurt Wenz, Helge Fuhr, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz

Entschuldigt fehlten:

Stefan Bug (1. Beigeordneter), Alexander Steiß

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Mitteilungen des Bürgermeisters**

3. **Projektstudium der Professur für Projekt- und Regionalplanung der Universität Gießen;
hier: Übergabe der schriftlichen Projektarbeit**
60/5/2011/11-16
4. **Flächennutzungsplan-Änderung "Im Rinnzell"**
41/38/2011/11-16
5. **Vergabe der Konzession für das Elektrizitätsverteilernetz in der Gemeinde Weimar (Lahn)**
11/22/2011/11-16
6. **Neuwahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Weimar (Lahn) I**
31/9/2011/11-16
7. **1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2011**
20/18/2011/11-16
8. **Vergabe zur Bauleitplanung Archäologisches Freilichtmuseum**
41/37/2011/11-16
9. **Einziehung von öffentlichen Wegen**
60/2/2011/06-11
10. **Ehrung verdienter Sportlerinnen/ Sportler, Mitbürgerinnen/ Mitbürger, Mannschaften**
31/10/2011/11-16
11. **Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)**
11/41/2011/11-16
12. **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.09.2011 hinsichtlich Entscheidung der Ansiedlung eines NETTO-Marktes im OT Niederwalgern durch die Gemeindevertretung**
20/17/2011/11-16
13. **Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2011 die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindergärten durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu fördern**
31/11/2011/11-16
14. **Anfragen**
 - 14.1. **Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.10.2011 zur Beschäftigung von Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen durch die Gemeinde Weimar**
11/39/2011/11-16
 - 14.2. **Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.10.2011 zum Sachstand Kindergartenspielplatz "Am roten Weg" in Niederweimar**
50/4/2011/11-16
 - 14.3. **Anfrage der SPD-Fraktion zur aktuellen Belegung der Kindergärten in der Gemeinde Weimar (Lahn) zum Stichtag 31.07.2011**
11/40/2011/11-16
15. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:**1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse. Ebenso begrüßte er den in die Gemeindevertretung nachgerückten Herrn Rolf Hintermeier (SPD), verbunden mit dem Wunsch auf eine gute Zusammenarbeit. Er begrüßte sehr herzlich Herrn Prof. Bauer und seine studentische Gruppe, die die Studie für Projekt- und Regionalplanung in der Gemeinde Weimar (Lahn) erstellt habe und die in dieser Sitzung vorgestellt werden solle.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 20 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Er gratulierte folgenden Mandatsträgern nachträglich zum Geburtstag: Frau Martina Klein, Herrn Rainer Pfeffer, dem er an dieser Stelle gute Besserung von Seiten des Parlamentes wünschte und Herrn Christian Fischer.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

Datum GVO-Sitzung	TOP	Thema
08.09.2011	5	Beschluss, die gewählten Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher zu Leitern der Verwaltungsaußenstellen unter den gleichen Modalitäten wie bisher zu bestellen.
	6	Beschluss, die Jugendfreizeit im Jahr 2012 in Narbonne-Plage (Frankreich) durchzuführen. Der Teilnehmerbetrag wird auf 375,00 € festgesetzt; für Teilnehmer aus der Gemeinde Weimar (Lahn), vorbehaltlich der gemeindlichen Vereinsförderungsrichtlinien.
	7	Beschluss, den Antrag der Fa. K2-Music-Service auf Genehmigung zur Durchführung eines Discoabends im Bürgerhaus Niederweimar abzulehnen.
	8	Beschluss, Herrn Rechtsanwalt Bandte zu beauftragen, eine möglichst schnelle, außergerichtliche und wirtschaftliche Lösung bzgl. der Rückabwicklung eines Kaufvertrages über die Teilfläche im Baugebiet „Hundsrück“ zu erwirken.
	9	Beschluss, einer Ausweisung von zusätzlichem Bauland in Verlängerung der Heinrich-Heuser-Straße (Gemarkung Niederwalgern, Flur 3, Flurstücke 58 und 57) nicht zuzustimmen.
22.09.2011	5	Folgende Beschlüsse wurden gefasst: 1. Die Gemeinde Weimar (Lahn) strebt an, bei der Einführung der gesplitteten Abwassergebühren eng mit der Gemeinde Cölbe zu kooperieren. 2. Die Gemeinde Weimar (Lahn) beauftragt die Fa. Aerowest GmbH Dortmund, im Frühjahr 2012 in unbelaubtem, schneefreien Zustand einen digitalen Bildflug mit einer Bodenauflösung von 10 cm

		<p>durchzuführen. Der vorläufige Angebotspreis beträgt 6.890,10 Euro (brutto). Eventuelle Rabatte durch einen gemeinsamen Bildflug mit der Gemeinde Cölbe sind auszuschöpfen. Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass eine ggfs. in Absprache mit der Gemeinde Cölbe durchzuführen Preisanfrage keinen anderen günstigeren Anbieter ergibt.</p> <p>3. Durch Preisanfragen ist ein qualifiziertes und kostengünstiges Büro zur vollständigen Bearbeitung des „Themas“ zu eruieren. Auch in dieser Frage wird eine enge Zusammenarbeit mit der Gemeinde Cölbe angestrebt. Die Verständigung auf ein und dasselbe Büro zur weiteren Bearbeitung wird seitens der Gemeinde Weimar (Lahn) gewünscht.</p>
	7	Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, das Wegerecht für den Weg in der Gemarkung Roth, Flur 8, Flurstück 95, einzuziehen und zu veräußern.
	8	Beschluss, dass das Wegerecht für den Weg in der Gemarkung Weiershausen, Flur 4, Flurstück 71, nicht eingezogen wird.
06.10.2011	6	Beschluss, ein Kommunaldarlehen (Teilbetrag) aus der Kreditermächtigung 2011 in Höhe von 150.000 € bei der WL-Bank mit einer Laufzeit von 20 Jahren zum Zinssatz von 3,16 % aufzunehmen.
	8	<p>Beschluss, die Teilfläche aus dem Flurstück 93/6 (Niederweimar, Flur 7, Huteweg) zwischen dem Gehsteig und der Grundstücksgrenze im Bereich Huteweg 6a und 6b in einer Größe von ca. 50 m² zu verpachten.</p> <p>Beschluss (zum Antrag auf Flächenerwerb eines Teiles von ca. 120 m² aus dem Flurstück 111/2), den vorhandenen Pachtvertrag mit dem Ziel zu kündigen, die gesamte Fläche von 329 m² auf der Grundlage des Bodenrichtwertes im Rahmen eines Angebotsverfahrens mit den drei Beteiligten zu veräußern.</p>
	9	Beschluss, den bereits in der Sitzung des Gemeindevorstandes am 20.06.2011 beschlossenen Zuschussbetrag von 933,56 € aufgrund der zusätzlichen Arbeiten auf insgesamt 1.255,75 (15 % von 8.371,65 €) zu erhöhen.
	10	Beschluss, überplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 1.455,86 € für die Beschaffung von Dienst- und Schutzkleidung gem. Dienstvereinbarung vom 05.10.2010 für die Mitarbeiter des gemeindlichen Bauhofes.
27.10.2011	6	Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, den Auftrag zur Bauleitplanung Archäologisches Freilichtmuseum in Höhe von 17.143,14 € inkl. Mehrwertsteuer außerplanmäßig an das Planungsbüro Groß & Hausmann zu erteilen. Die Finanzierung der Mittel ist über den Nachtragshaushalt vorgesehen.
	6.2	Beschluss, den Auftrag zur Rissanierungsarbeiten in Asphaltdecken an die Fa. Raabe in Höhe von Brutto 10.519,12 € zu erteilen. Die Finanzierung erfolgt über das Frostschädenprogramm.
	6.3	Beschluss, den günstigsten Bieter, die Fa. Grün + Scherer, Straßen- und Tiefbau GmbH, Wasserstraße 76, 35447 Reiskirchen, mit der Kanalerneuerung im Ortsteil Niederwalgern zum Angebotspreis zu beauftragen.

	7	Beschluss, die Ansiedlung eines Netto-Marktes im Gewerbegebiet Wenkbach vor dem Ortseingang Niederwalgern abzulehnen.
	8	Beschluss, den Entwurf des 1. Nachtrages zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan) festzustellen und ihn zur weiteren Beratung und Beschlussfassung der Gemeindevertretung vorzulegen.
	9	Beschluss, die Fläche in der Gemarkung Argenstein, Flur 1, Flurstück 147/9 in der Größe von 1.117 m ² unter der Voraussetzung zu erwerben, dass der Kaufpreis und die Verfahrenskosten vom Förderverein (Freilichtmuseum) übernommen werden.
	10	Beschluss, als Pachtausgleich zur Flächennutzung durch die Fa. Bickhardt-Bau in der Gemarkung Niederweimar (am Haddamshäuser Weg) das Angebot zur Lieferung eines Bürocontainers für den Bauhof anzunehmen.
	12	Beschluss über außerplanmäßiger Ausgaben in Höhe von 851,51 € für das Jahr 2011, Kostenstelle 15010101-6179000, als Eigenanteil zur Finanzierung der Machbarkeitsstudie.
	13	<p>Beschluss, der Gemeindevertretung folgende Personen für die Ehrung verdienter Sportler/innen, Mitbürger/innen und Mannschaften vorzuschlagen:</p> <p>A. Sportler/innen: JFV Weimar (Lahn) U 16 – Juniorinnen Regionalmeister im Bezirk Marburg/Gießen</p> <p>B. Mitbürger/innen: Frau Meißner aus Oberweimar</p>
	15	<p>Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung folgende Beschlussfassung bzgl. der Flächennutzungsplan-Änderung „Im Rinnzell“:</p> <p>Die Gemeindevertretung beschließt:</p> <p>a) für die 31. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde (Lahn) die Abwägungen der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (BauGB § 3 (1)) und der Träger öffentlicher Belange (BauGB § 4 (1)) eingegangenen Stellungnahmen gemäß Abwägungsvorschlag des Planungsbüros Gringel.</p> <p>b) Der Offenlegungsbeschluss für die 31. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Weimar (Lahn) „Im Rinnzell“ wird gem. §3 Abs. 2 BauGB gefasst. Die Träger Öffentlicher Belange werden gem. § 4 (2) parallel beteiligt. Für die Offenlegung wird der Vorentwurf vom 25.03.2010 (Fassung der frühzeitigen Beteiligung) und gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB) auf der Grundlage der gemäß Punkt a) beschlossenen Abwägungen der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (BauGB § 3 (1)) und der Träger öffentlicher Belange (BauGB § 4 (1)) eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet.</p>
		Am 19.11.2011 findet eine Besichtigung der Windkraftanlage in Dautphetal statt. Wer Interesse an der Besichtigung habe, möge sich

		bitte mit ihm in Verbindung setzen.
		Bürgermeister Eidam teilte mit, dass die Gemeinde Weimar (Lahn) eine von 32 Kommunen hessenweit sei, die in dem Pilotprojekt zur Erstellung eines Solarkatasters enthaltensei und dass nach neuesten Informationen im Februar 2012 mit Ergebnissen gerechnet werden könne. Er geht davon aus, dass er in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung weitere Informationen bieten könne.

3. **Projektstudium der Professur für Projekt- und Regionalplanung der Universität Gießen;**

hier: Übergabe der schriftlichen Projektarbeit

Drucksache: 60/5/2011/11-16

Herr Prof. Bauer erklärte einfühend, in welchem Zusammenhang das Projektstudium, für das die ersten Vorgespräche bereits in 2009/2010 stattfanden, erstellt wurde.

Innerhalb des Projektstudiums sei auf unterschiedliche Thematiken eingegangen worden, wie z.B. demographischer Wandel, Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit, Kindergärten, die öffentlichen Einrichtungen, wie Bürgerhäuser, dann Tourismus, Freilichtmuseum Weimarer See, Bündelung von Vereinen, Energiemonitoring erneuerbarer Energien, Umweltmanagement u.a.

Prof. Bauer bedankte sich für die gute Unterstützung durch die Gemeinde und durch die befragten Einwohner.

Er überreichte ein Exemplar des Berichtes an Herrn Bürgermeister Eidam. Dieser hob ebenfalls sehr lobend die gute Zusammenarbeit mit den studentischen Gruppen und Herrn Prof. Bauer hervor und erklärte, dass den Fraktionen Exemplare zugestellt werden. Sollten einzelne Mandatsträger Interesse an bestimmten Teilbereichen haben, so könnten diese durch die Verwaltung kopiert und übermittelt werden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

4. **Flächennutzungsplan-Änderung "Im Rinnzell"**

Drucksache: 41/38/2011/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans J. Heuser, berichtete, dass der Ausschuss über die eingegangenen Anregungen bzw. Bedenken im Einzelnen beraten habe und einstimmig die in der Vorlage verfasste Beschlussempfehlung an die Gemeindevertretung weitergebe.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt,

- a) für die 31. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Weimar (Lahn) die Abwägungen der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (BauGB § 3 (1) und der Träger öffentlicher Belange (BauGB § 4 (1) eingegangenen Stellungnahmen gemäß Abwägungsvorschlag des Planungsbüros Gringel.

Beratungsergebnis: Einstimmig

- b) Der Offenlegungsbeschluss für die 31. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Weimar (Lahn) „Im Rinnzell“ wird gem. § 3 Abs. 2 BauGB gefasst. Die Träger Öffentlicher Belange werden gem. § 4 (2) parallel beteiligt. Für die Offenlegung wird der Vorentwurf vom 25.03.2010 (Fassung der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 (1) und § 4 (1) BauGB) auf der Grundlage der gemäß Punkt a) beschlossenen Abwägungen der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (BauGB § 3 (1)) und der Träger öffentlicher Belange (BauGB § 4 (1)) eingegangenen Stellungnahmen überarbeitet.

Beratungsergebnis: Einstimmig

5. Vergabe der Konzession für das Elektrizitätsverteilernetz in der Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 11/22/2011/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, erläuterte hierzu, dass dieser Tagesordnungspunkt bereits Thema in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gewesen sei. Jedoch hätten unverhoffte Neuigkeiten zunächst zu einer Sitzungsunterbrechung und letztlich zu einer Vertagung des Tagesordnungspunktes geführt.

In der Presse habe man ausführlich über die Hintergründe lesen können. Er hoffe jedoch, dass es in dieser Sitzung zu einer Entscheidung käme, zumal der Vertrag zum 31.12.2011 auslaufe.

Sodann erhielt der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Heijo Hoß, das Wort:

Herr Hoß berichtete, dass dieser Tagesordnungspunkt erneut in der Sitzung des HFWA beraten wurde. Zu aufgetretenen Fragen habe sowohl die E.on-Mitte als auch die Stadtwerke Marburg Stellung bezogen. Inzwischen habe auch das Bundeskartellamt in einer telefonischen Stellungnahme mitgeteilt, dass ein Strafverfahren nicht anhängig sei. Zuvor habe bereits die Staatsanwaltschaft Marburg ein Verfahren eingestellt.

Die Gemeinde Weimar sei daher jetzt in der Lage, eine Entscheidung zu treffen.

Der Vorsitzende des Ausschusses wies noch einmal darauf hin, dass eine Entscheidung nun unabdingbar sei, da zum 31.12.2011 definitiv die Vertragszeit mit dem derzeitigen Vertragspartner E.on-Mitte ende.

Herr Hoß erklärte, dass der Ausschuss an der bereits zu der letzten Sitzung der Gemeindevertretung abgegebenen Beschlussempfehlung nichts geändert habe, so dass die Beschlussempfehlung zur letzten Sitzung aufrechterhalten bleibe.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass seine Fraktion sich bereits frühzeitig für die Stadtwerke festgelegt habe. Er bedanke sich noch einmal für den Fragenkatalog, der von der Fraktion der FBW erstellt wurde und der zur Folge hatte, dass beide Anbieter sich noch einmal schriftlich geäußert hätten. Seine Fraktion sehe in den Stadtwerken als Partner die Möglichkeit der Beteiligung einer Netzgesellschaft. Aufgrund der Tatsache, dass die Gemeinde Weimar (Lahn), sollte die Abstimmung dies ergeben, die 11. Gemeinde im Kreis sei, die mit den Stadtwerken zusammenarbeite, insofern sehe er hier Möglichkeiten, auch auf anderen Gebieten zusammenzuarbeiten. Die Wertschöpfung verbliebe in der Region. Seine Fraktion erhoffe sich darüber

hinaus ein kommunales Energiekonzept, dessen Erstellung per Antrag von seiner Fraktion bereits seit längerem vorliege.

Sodann erhielt Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) das Wort:

Seine Fraktion habe sich in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv mit dem Thema der Vergabe der Stromkonzession beschäftigt und danke in diesem Zusammenhang für die Beantwortung des ausführlichen Fragenkataloges. Festzuhalten bleibe, so Herr Kisslinger, dass die Vertragskonstellationen sich ähneln und die Entscheidung hauptsächlich zwischen einem globalen und einem regionalen Anbieter läge.

Sodann erhielt Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) das Wort: Seine Fraktion halte das Thema für völlig überzogen, denn schaue man sich den kommunalen Haushalt 2011 an, müsse man darüber nachdenken, wie es möglich sein könne, ein Netz zu kaufen. Denn die Konzessionsabgabe sei auf der Einnahmenseite der Gemeinde ein erheblicher Faktor, wobei es für seine Fraktion keine Rolle spiele, ob diese Konzessionsabgabe von E.on- Mitte oder den Stadtwerken geleistet werde. Für seine Fraktion spiele lediglich die Höhe eine Rolle. Eine Netzübernahme halte er in der derzeitigen Haushaltssituation für eher utopisch und eine Beteiligung an der Gesellschaft für unausgereifte Überlegungen.

Er sehe noch nicht, dass die Gemeinde sich aktiv in eine Netzwerkbeteiligung einbringen könne, denn aus Vorträgen wäre klar, dass der Ausbau der Netze zu kostenintensiv sei, so dass seine Fraktion sich kaum vorstellen könne, dass man damit Geld verdienen könne.

Seine Fraktion werde sich für die Stadtwerke Marburg entscheiden.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass man ja bereits in der Presse die Meinung der Grünen habe lesen können. Die Meinung ihrer Fraktion sei einstimmig, ohne dass sie nun auf die Meinungsfindung eingehen wolle. Sie betonte jedoch, dass die lange Zeit der Diskussion und Meinungsfindung in einer fairen Diskussion abgehandelt wurde. Ihr Dank gelte auch dem vermutlich nach der Abstimmung unterlegenen Anbieter für die faire und gute Zusammenarbeit.

Herr Bürgermeister Peter Eidam fasste vor der Abstimmung noch einmal zusammen, dass die Grundlage der gesamten Diskussion der zum 31.12.2011 auslaufende Vertrag mit der E.on-Mitte sei.

Seit Beginn des Vertrages bis zum heutigen Zeitpunkt habe sich im kommunalen Umfeld energiepolitisch einiges verändert. Die Fa. E.on-Mitte war und sei bis zu diesem Zeitpunkt stets ein verlässlicher Partner gewesen. Allerdings bestehe auch mit dem Stadtwerken Marburg auf einigen Gebieten (z.B.

Straßenbeleuchtung) eine verlässliche Kooperation. Die Vorfälle in Fukushima und der Atomausstieg in Deutschland habe diese Energiewende, die nun vorhanden sei, eingeläutet und das Denken sehr verändert. Es sei ein Prozess in Gang gekommen, der von Bund- auf Länderebene natürlich auch die Gemeinden betreffe. Vieles solle in relativ kurzer Zeit umgesetzt werden. Viele Fragen seien in Zukunft zu beantworten, z.B. könne die Gemeinde je in der Lage sein, ein Netzwerk zu übernehmen und wie hoch seien die Kosten hierfür.

Inzwischen hätten alle Kommunen des Kreises bereits eine Entscheidung getroffen, manche mit minimalster Mehrheitsentscheidung. Sicherlich sei für viele die Frage übrig geblieben, ob die Entscheidung richtig getroffen wurde. Er sehe für die Gemeinde Weimar (Lahn) keinen Nachteil darin, dass die Entscheidung

so verzögert zustande komme, da Ergebnisse von Entscheidungsprozessen anderer Kommunen Berücksichtigung finden konnten. Es habe im Vorfeld vielfältige und umfangreiche Recherchen gegeben, Fragestellungen, Synopsen, Auswertungen, Auseinandersetzungen mit Inhalten und Folgen, Anfragen an Fachleute, Einfordern von Gutachten, Testaten und Bewertungen. Allerdings habe den Entscheidern keine eindeutige Beschlussempfehlung gegeben werden können. Er stelle sich dabei die Frage, ob die rasende Geschwindigkeit der Energiewende schon bei der Vergabe der Stromkonzession etwa auch schon die Möglichkeiten unserer Fachleute übertroffen habe. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger hätten nun aufgrund der vorliegenden Angebote, Verträgen und Testaten eine Entscheidung zu treffen. Die Auswirkungen dieser Entscheidung blieben nicht nur für unsere Kommune, so Bürgermeister Eidam, sondern für alle, die neue Wege beschreiten wollen, mit einem gewissen Risiko behaftet. Dennoch sollte heute eine Entscheidung getroffen werden, die Gemeinde benötigte Klarheit und Rechtssicherheit. Beide vorliegenden Vertragsangebote wiesen für die Kommune in jedem Fall bessere Vertragsbedingungen aus als der bisher bestehende Vertrag. Mit dem neuen Vertrag würden in jedem Fall in der Gemeinde neue Möglichkeiten entstehen, erneuerbare Energien zu schaffen und damit einen Teil der Energiewende voranzutreiben.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die Gemeinde Weimar (Lahn) vergibt die Konzession zur Wegennutzung und zum Betrieb des Elektrizitätsverteilnetzes an die Energie Marburg-Biedenkopf GmbH/Stadtwerke Marburg GmbH. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, den angebotenen Wegennutzungsvertrag (Konzessionsvertrag) über eine Laufzeit von 20 Jahren mit der Energie Marburg-Biedenkopf GmbH abzuschließen. Hierbei ist ein zweiter Kündigungstermin vorzusehen.
2. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, eine Beteiligung an der Energie Marburg-Biedenkopf GmbH zu prüfen und gegebenenfalls vorzubereiten. Sollte eine Beteiligung möglich sein und als sinnvoll erachtet werden, tritt der Gemeindevorstand mit der Energie Marburg-Biedenkopf GmbH über die Einzelheiten der Beteiligung in Verhandlungen.
3. Die Energie Marburg-Biedenkopf GmbH/Stadtwerke Marburg GmbH wird beauftragt, mit dem bisherigen Netzbetreiber E.on-Mitte AG über den Kaufpreis zu verhandeln, die Gemeinde Weimar (Lahn) über den Stand der Verhandlungen zu informieren und die Entscheidung über den Erwerb des Netzes im Einvernehmen mit der Gemeinde Weimar (Lahn) zu treffen.

Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen

6. Neuwahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Weimar (Lahn) I

Drucksache: 31/9/2011/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Heijo Hoß, dass der Ausschuss der

Gemeindevertretung die Annahme des Beschlussvorschlages aus der Vorlage empfehle.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Direktor des Amtsgerichtes Marburg Herrn Werner Knobloch, wohnhaft in 35096 Weimar (Lahn), Erlengrund 9, für das Amt eines Ortsgerichtsschöffen im Ortsgerichtsbezirk Weimar (Lahn) I für die Dauer von 10 Jahren vorzuschlagen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

7. 1. Nachtrag zur Haushaltssatzung 2011

Drucksache: 20/18/2011/11-16

Zunächst erfolgte die Verteilung des Entwurfes des I. Nachtragshaushaltes 2011.

Danach erhielt Herr Bürgermeister Peter Eidam das Wort:

Er erklärte die wesentlichen Veränderungen des Nachtragsentwurfes:

Im Bauhofbereich habe man durch die beiden nicht besetzten Stellen

Personalkosten reduziert in Höhe von 59.900,-- €

Bei der Kostenstelle „Überwachung ruhender Verkehr“ seien bei den Erträgen 2.000,-- € und bei den Aufwendungen 6.008,-- € entfernt worden, da im Jahre 2011 keine Maßnahmen durchgeführt wurden.

Im Bereich der gemeindlichen Kindergärten seien Mehreinnahmen durch diverse Zuschüsse für integrative Betreuung und Gebühren in Höhe von zusammen 74.200,-- € zu verzeichnen.

Dem gegenüber musste an die Stadt Marburg für die Nutzung stadteigener Kindergärten ein Kostenausgleich in Höhe von 17.500,-- € aufgewendet werden. Bei den Kostenstellen für die Sommerferienspiele wurden bei den Erträgen 4.500,-- € und bei den Aufwendungen 8.717,-- € reduziert. Dem gegenüber seien bei den Ansätzen für die Jugendfreizeit (Spanienfahrt) ein Mehrertrag in Höhe von 4.700,-- € und bei den Aufwendungen eine Erhöhung um 3.700,-- € entstanden. Dadurch reduziere sich der Zuschussbetrag durch die Gemeinde von 3.100,-- € auf 2.100,-- €

Im Bereich des Gebührenhaushaltes Abfall wurden die beschlossene Gebührenverringerung (48.000,-- €) die Mehrerträge für die Altpapier Erlöse (19.000,-- €) sowie die Reduzierung der Transportkostenerstattung durch den Landkreis (21.000,-- €) aufgrund der durchgeführten Neuausschreibung berücksichtigt. Zu den Ansätzen der Aufwendungen für Einsammlung und Transport wurde eine Reduzierung um 5.000,-- € und für die Entsorgung um 25.000,-- € vorgesehen.

Durch die rückwirkend zum 01.01.2011 beschlossene Gebührenerhöhung im Abwassergebührenhaushalt sei ein Mehrbetrag von 230.000,-- € entstanden.

Dieser werde für Aufwendungen für Kanalsanierungen vorgesehen.

Es seien die Ansätze für Straßenreparaturen durch das Förderprogramm für die Beseitigung von Winterschäden (119.300,-- €) im Bereich der Erträge und Aufwendungen aktualisiert worden.

Im Bereich der Kostenstelle Friedhöfe konnte ein Mehrbetrag in Höhe von 5.000,-- € aufgrund der Einnahmeanteile der Nutzungsvereinbarung „Ruheforst“ eingeplant werden.

Die Ansätze für die Grundsteuer A (landwirtschaftliche Flächen) wurden um 3.500,-- € reduziert und im Bereich der Grundsteuer B (bebaubare Grundstücke) konnte eine Erhöhung um 11.000,-- € eingeplant werden. Dies hänge mit der Veranlagung von Neubauten zusammen. Allerdings, so Bürgermeister Peter

Eidam weiter, musste das Sachkonto für Bankzinsen um einen Mehraufwand in Höhe von 14.500,-- € aufgrund der verstärkt in Anspruch genommenen Kassenkredite vorgesehen werden.

Der ursprünglich ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von 1.353.150,-- € konnte durch die Aktualisierung auf 1.299.338,-- €, somit um 53.767,-- €, reduziert werden.

Bürgermeister Eidam erklärte weiter, dass im Finanzhaushalt Kosten für die Bauleitplanung zum Museumsdorf in Höhe von 18.000,-- € vorgesehen sind, für die Dorferneuerungsmaßnahme in Allna ein Auszahlungsbetrag in Höhe von 21.500,-- € und ein entsprechender Einzahlungsbetrag in Höhe von 12.000,-- € (Landeszuschuss) eingeplant seien.

Die Finanzierung dieser beiden Maßnahmen sei möglich geworden durch die nicht durchgeführten Straßenbaumaßnahmen „Wasserlache“ und „Untere Bergstraße“. Dadurch sei eine Veränderung zur Höhe der ursprünglich vorgesehenen Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen nicht vorgesehen.

Bürgermeister Eidam erklärte weiter, dass ein Defizit in Höhe von 1,3 Mio. € sicherlich kein Grund zur Freude sei, auch wenn dieses um ca. 50.000,-- € reduziert werden konnte.

Ein kleiner positiver Anlass, der die Situation ein wenig verbessern könne, sei die Tatsache, dass sich derzeit noch die Möglichkeit einer weiteren Steuerveranlagung ergeben habe, so dass es noch im Haushaltsjahr 2011 zu einer erheblichen Reduktion des Fehlbetrages kommen könne. Ein genaues Zahlenwerk dazu könne er noch nicht vorlegen. Er hoffe jedoch, das dies bis zur nächsten Ausschusssitzung möglich sei.

Es habe in 2011 keine Nettoneuverschuldung gegeben. Die genehmigten Kredite in Höhe von 246.800,-- € seien derzeit mit 150.000,-- € in Anspruch genommen. Der Investitionshaushalt sei damit ausgeglichen.

Ein Ausblick auf das Haushaltsjahr 2012 gestalte sich derzeit etwas schwierig. Es gebe jedoch noch Probleme, so wie in anderen Kommunen, bei der Erstellung der Öffnungsbilanz. Diesbezüglich gebe es noch Organisationsbedarf.

Bürgermeister Eidam erklärte abschließend, dass die Kommune sicherlich einen neuen Rahmen haben müsse bezüglich der Möglichkeit der Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit. Derzeit sei die Gemeinde unter dem gesetzten Limit, dennoch habe er in dem Haushaltsjahr 2011 viele Grenzsituationen erlebt, die hier und da dazu führten, dass die Gemeinde an die Grenze ihrer Zahlungsfähigkeit gelangt sei.

Auch im Haushaltsjahr 2012 werde es verschiedene Positionen geben, auf die die Gemeinde keinen Einfluss habe, so sei derzeit damit zu rechnen, dass wiederum eine Erhöhung der Kreisumlage erfolgen werde.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) stellte den Antrag auf Überweisung dieses Tagesordnungspunktes in den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Entwurf des 1. Nachtrages zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 mit seinen Anlagen (Haushaltsplan) zur weiteren Beratung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

8. Vergabe zur Bauleitplanung Archäologisches Freilichtmuseum

Drucksache: 41/37/2011/11-16

Bürgermeister Peter Eidam berichtete von den Beratungen im Gemeindevorstand und empfahl der Gemeindevertretung die vorliegende Beschlussfassung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Auftrag in Höhe von 17.143,14 € inkl. Mehrwertsteuer außerplanmäßig an das Planungsbüro Groß & Hausmann zu erteilen. Die Finanzierung der Mittel ist über den Nachtragshaushalt vorgesehen.

Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen

9. Einziehung von öffentlichen Wegen

Drucksache: 60/2/2011/06-11

Bürgermeister Peter Eidam berichtete aus der GVO-Sitzung und empfahl der Gemeindevertretung den vorliegenden Beschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, das Wegerecht für den Weg in der Gemarkung Roth, Flur 8, Flurstück 95, einzuziehen und an Herrn von Petersdorff zu veräußern.

Beratungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

10. Ehrung verdienter Sportlerinnen/ Sportler, Mitbürgerinnen/ Mitbürger, Mannschaften

Drucksache: 31/10/2011/11-16

Auch hier erklärte Bürgermeister Eidam, dass der Gemeindevorstand der Gemeindevertretung zur Ehrung folgende Mannschaft bzw. Personen vorgeschlagen habe:

1. JFV Weimar (Lahn) U 16-Juniorinnen
Regionalmeister im Bezirk Marburg/Gießen,
2. Frau Anna Christine Meißner (Posaunenchor Oberweimar) seit 50 Jahren aktives Mitglied, seit 1990 Übernahme Ausbildung Jungbläser.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Ehrung folgender Gruppe bzw. Personen:

- A. Sportler/innen: JFV Weimar (Lahn) U 16 – Juniorinnen
Regionalmeister im Bezirk Marburg/Gießen
- B. Mitbürger/innen: Frau Meißner aus Oberweimar

Beratungsergebnis: Einstimmig

11. Verleihung von Ehrenbezeichnungen gemäß § 51 Ziffer 3 HGO in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 11/41/2011/11-16

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass in der gemeindlichen Hauptsatzung festgelegt sei, dass bei mindestens 20-jähriger ehrenamtlicher Tätigkeit Ehrenbezeichnungen zu verleihen seien. Im Einzelnen seien dies Frau Marianne Salowski, OT Nesselbrunn, die sowohl Ortsbeiratsmitglied als auch Ortsvorsteherin gewesen war.

Die weitere zu ehrende Person sei Herr Werner Löwer, OT Argenstein, der ebenfalls mindestens 20 Jahre Ortsbeiratsmitglied bzw. Ortsvorsteher gewesen sei.

Beiden Personen wird die Ehrenbezeichnung „Ehrenmitglied des Ortsbeirates“ Nesselbrunn bzw. Argenstein verliehen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, für mindestens 20-jährige ehrenamtliche Tätigkeit gemäß § 6 der Hauptsatzung der Gemeinde Weimar (Lahn) folgenden Personen die Ehrenbezeichnung „Ehrenmitglied des Ortsbeirates“ zu verleihen: Frau Marianne Salowski, OT Nesselbrunn, Herrn Werner Löwer, OT Argenstein.

Beratungsergebnis: Einstimmig

12. Antrag der SPD-Fraktion vom 29.09.2011 hinsichtlich Entscheidung der Ansiedlung eines NETTO-Marktes im OT Niederwalgern durch die Gemeindevertretung

Drucksache: 20/17/2011/11-16

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge folgenden Beschluss fassen:

Die Gemeindevertretung entscheidet als oberstes Organ der Gemeinde über die Ansiedlung eines NETTO-Marktes an der Ortsrandlage Niederwalgern. Durch den Gemeindevorstand sind die für eine Entscheidungsfindung relevanten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Zur Begründung führte Herr Wenz aus, dass die mögliche Ansiedlung im Bereich einer Mischgebietsfläche des Gewerbegebietes Wenkbach am Ortsrand von Niederwalgern bereits zum jetzigen Zeitpunkt in Folge einer vorliegenden, ca. 1.400 Personen umfassenden Unterschriftsliste sowie der am 31. August 2011 stattgefundenen Bürgerversammlung eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit hervorgerufen habe. Die bisherige Berichterstattung in der Presse, begleitet von mehreren Leserbriefen, drücke die große Anteilnahme innerhalb der Bürgerschaft der Gemeinde aus und mache die hohe Bedeutung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für die Gemeinde deutlich.

Es wäre aus Sicht der SPD-Fraktion das wichtige Signal, eine solche Entscheidung in einer öffentlichen Sitzung zu treffen. Zudem sei aufgrund des gültigen Bebauungsplanes bezüglich des in Rede stehenden Bauvorhabens eine spätere Beteiligung der Gemeindevertretung ausgeschlossen. Darüber hinaus ermächtigt der § 9 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung die Gemeindevertretung, als oberstes Organ über wichtige Entscheidungen selbst zu entscheiden, gleichwohl solche Angelegenheiten grundsätzlich dem Gemeindevorstand übertragen seien. Dem berechtigten Anspruch der

Bürgerschaft auf größtmögliche Transparenz werde durch eine Entscheidung der Gemeindevertretung in angemessener Form begegnet.

Herr Hoß (CDU) wies darauf hin, dass Bürgermeister Eidam zu Beginn bei den Mitteilungen aus dem Gemeindevorstand bereits erklärt habe, dass der Gemeindevorstand in dieser Angelegenheit einen Beschluss gefasst habe. Dadurch werde nach seiner Meinung der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion hinfällig.

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass es einen gültigen Beschluss der Gemeindevertretung gebe, der besage, dass diese Grundstücksangelegenheiten dem Gemeindevorstand zur endgültigen Erledigung übertragen werden. Selbstverständlich solle hier nicht ein Kompetenzstreit zwischen Gemeindevertretung und Gemeindevorstand entstehen, daher habe man auch im Hinblick darauf, Rechtsklarheit zu erhalten, eine Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes eingeholt, die u.a. besage, dass selbstverständlich die Gemeindevertretung als oberstes Organ einer Gemeinde Aufgaben, die sie einem anderen Organ zur endgültigen Erledigung übertragen hat, wieder an sich ziehen könne. In einem solchen Fall wäre jedoch durch die Gemeindevertretung zu beschließen, ob und in welchem Umfang die erstmals beschlossene Übertragung weiter ausgeübt werden soll. Diese Entscheidung, die vormals übertragene Aufgabe wieder an sich zu ziehen, bedürfe natürlich eines erneuten Beschlusses durch die Gemeindevertretung, der bis dato zumindest noch nicht vorliege. Und so lange dieser Beschluss nicht gefasst wurde, und in diesem Stadium befinde man sich derzeit, könne der Gemeindevorstand rechtmäßig von der Aufgabenübertragung Gebrauch machen und auch rechtskräftige Beschlüsse fassen. Auch der vorliegende Antrag, so die Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, blockiere die Wahrnehmung der übertragenen Aufgabe nicht. Selbst, wenn in Folge des Beschlusses des Gemeindevorstandes bereits ein notarieller Vertrag über den Grundstücksverkauf beschlossen wäre, wäre dieser durch einen entsprechenden Beschluss der Gemeindevertretung nicht rückgängig zu machen. Dem Bürgermeister bleibe es dann vorbehalten, bei einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung von seinem Recht des Widerspruches Gebrauch zu machen mit all den daraus sich ergebenden Folgewirkungen.

Derzeit könne der Gemeindevorstand und auch die Gemeindevertretung von der Rechtmäßigkeit des Beschlusses des Gemeindevorstandes vom 27.10.2011 ausgehen.

Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) stellte fest, dass der Antrag seiner Fraktion vom 29.09.2011 datiere und der Gemeindevorstand am 27.10.2011 beschlossen habe, dass in der Mischgebietsfläche des Gewerbegebietes Wenkbach am Ortsrand von Niederwalgern keine Veräußerung von Gewerbeflächen zur Ansiedlung eines NETTO-Marktes erfolgen solle. Aufgrund der von Bürgermeister Eidam dargestellten rechtlichen Situation ziehe seine Fraktion daher den vorstehenden Antrag zurück.

Seiner Fraktion sei wichtig gewesen, dieses Thema noch einmal in der breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Seine Fraktion behalte sich jedoch vor, bei künftigen, ähnlichen Sachverhalten, wenn es um eine größere Bedeutung in der Öffentlichkeit gehe, die Tätigkeit des Gemeindevorstandes einzuschränken.

Daraufhin beantragte Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) eine 5-minütige Sitzungspause.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung unterbrach daraufhin die Sitzung für 5 Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erhielt Herr Heuser das Wort.

Er erklärte, dass es hier wohl um die Entscheidung darüber gehe, was wichtig sei und was nicht. Es gebe sicherlich eine Reihe von Verhandlungspunkten, gerade im Vertragsrecht, auch bei der Veräußerung von Grundstücken, die besser nicht in der Öffentlichkeit diskutiert würden. Alle Fraktionen hätten in den Gemeindevorstand Personen ihres Vertrauens entsendet und dieses Vertrauen sollte man den Gemeindevorstandsmitgliedern auch entgegenbringen.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, erklärte, dass er den Antrag zugelassen habe, da im § 50 der HGO festgehalten sei, dass die Gemeindevertretung jeder Zeit übertragene Aufgaben wieder an sich ziehen könne. Dass hier eine gewisse Rechtsunsicherheit vorhanden war, sei durch die Aussage des Städte- und Gemeindebundes bestätigt worden.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) erklärte, dass seiner Fraktion wichtig sei, dass bei einem solch öffentlichkeitswirksamen Projekt auch in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollte. Das habe nichts mit etwaig nicht vorhandenem Vertrauen in den Gemeindevorstand zu tun.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender der CDU) erklärte, dass seine Fraktion der Meinung der Fraktion der Freien Bürger zustimme. Der Gemeindevorstand sei mit der Erledigung dieser Aufgaben beauftragt worden. Natürlich seien in der Phase der Entscheidungsfindung auch Diskussionspunkte auszutauschen, die zunächst einmal intern abzuklären seien. Hier eine grundsätzliche Regelung zu treffen und dem Gemeindevorstand Aufgaben zu entziehen, halte er für den falschen Weg. In Einzelfällen, wie bei Sachverhalten, die von größerem öffentlichen Interesse seien, bleibe es natürlich unbenommen, in der Öffentlichkeit einer Gemeindevertretersitzung darüber zu diskutieren.

Beschluss:

ohne

Beratungsergebnis: ohne

13. Antrag der SPD-Fraktion vom 24.10.2011 die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindergärten durch einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess zu fördern

Drucksache: 31/11/2011/11-16

Herr Andreas Kaletsch (SPD) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Die SPD-Fraktion beantragt, die Gemeindevertretung möge beschließen:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, Fortbildungen und Konzeptionstage für das pädagogische Fachpersonal in den Kindergärten der Gemeinde Weimar (Lahn) jährlich zu ermöglichen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Zur Begründung gab Herr Kaletsch an, dass Kindergärten wohl mehr seien als eine „Kinderverwahranstalt“. Ein Kindergarten sei ein Ort, an dem Kinder eine glückliche Kindheit erleben sollen und können, in dem Sozialleben in Kooperation mit Eltern gestaltet werde und wo Kinder gut auf Schule und das Leben vorbereitet werden sollen. Aus diesem Grunde sei es unter dem immer weiter zunehmenden Leistungsdruck, dem diese Generation beim Heranwachsen unterliege, wichtiger denn je, dass neben einem bedarfsgerechten Platzangebot, einer entsprechenden personellen und materiellen Ausstattung der Einrichtungen auch das pädagogische Fachpersonal

und die Konzeption der Einrichtung befähigt werde, dem Auftrag zum Wohle der Kinder nachzukommen.

Nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz SGB VIII (§ 22a Abs. 3) solle sich das Angebot „pädagogisch und organisatorisch an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren“. Daher bestehe die Notwendigkeit, das pädagogische Personal regelmäßig im Hinblick auf den jeweiligen Kindergarten gezielt weiterzubilden und auch das pädagogische Konzept des jeweiligen Kindergartens jährlich zu reflektieren und abzustimmen.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass die Wahl des Ausdruckes „Kinderverwahrungsanstalt“ ja wohl nicht ganz ernst gemeint sein könne. Bei dem Thema handele es sich um eine alte Diskussion. Natürlich seien in den Kindergärten Konzepte vorhanden, nach denen das Personal seine pädagogische Arbeit ausrichte. Dabei handele es sich nicht um ein festgeschriebenes Werk, sondern um in der Praxis erprobten Verfahrensweisen. Die pädagogische Arbeit sei ständigen Wandlungen unterworfen und müsse angepasst werden. Dazu gehöre auch die Ausstattung der Kindergärten mit dem benötigten pädagogischen Personal, was von Seiten des Gemeindevorstandes auch so gehandhabt werde, worauf Herr Wenz (Fraktionsvorsitzender der SPD) antwortete, dass es Wunsch der Kindergartenleitungen sei, dass Konzeptionstage gewährt werden, bei denen die zu leistende Arbeit fixiert und evaluiert werden könne.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender der FBW) erklärte, dass den Fraktionen bisher lediglich die Kindergartenberichte vorgelegt werden. Soweit Konzepte bestünden, die weiterentwickelt werden sollen, habe zumindest seine Fraktion Interesse an der Vorlage der bestehenden Konzeption und sehe auch die Notwendigkeit der jeweiligen Anpassung und Fortschreibung.

Herr Heijo Hoß (CDU) stellte den Antrag, den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zunächst an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zu überweisen, damit dort zunächst einmal erruiert werden könne, wie sich der Sachstand bezüglich der Fortbildung und der Konzeption derzeit darstelle. Danach könne die Angelegenheit an den Gemeindevorstand überwiesen werden.

Bürgermeister Peter Eidam erklärte hierzu, dass der Kindergartenbetrieb bei Fortbildungsveranstaltungen, also auch bei Einführung von Konzeptionsstufen und Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften aufrecht zu erhalten sei.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorgenannten Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Beratung zunächst an den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

14. Anfragen

14.1. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.10.2011 zur Beschäftigung von Arbeitskräften mit befristeten Arbeitsverträgen durch die Gemeinde Weimar

Drucksache: 11/39/2011/11-16

Dem Gemeindevorstand lagen zur Beantwortung folgende Anfragen vor:

1. Wie viele Arbeitskräfte mit befristeten Arbeitsverträgen werden bei der Gemeinde Weimar beschäftigt und wie viele Monatsarbeitsstunden leisten sie im aktuellen Kalenderjahr?
2. Wie war die Situation bezogen auf Frage 1 im Kalenderjahr 2010?
Die Aufschlüsselung soll in die Bereiche Allgemeine Verwaltung, Kindergärten und Bauhof erfolgen.

Bürgermeister Peter Eidam erklärte, dass die Verwaltung eine Aufstellung zur Beantwortung der vorliegenden Fragen gefertigt habe. Diese Aufstellung wurde von Bürgermeister Eidam kurz erläutert. Es solle die schriftliche Versendung an alle Mitglieder des Gremiums erfolgen.

Beratungsergebnis: ohne

14.2. Schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion vom 24.10.2011 zum Sachstand Kindergartenspielplatz "Am roten Weg" in Niederweimar

Drucksache: 50/4/2011/11-16

Die schriftliche Anfrage der SPD-Fraktion an den Gemeindevorstand lautete:

Bereits in der Sitzung der Gemeindevertretung am 28.04.2011 habe die SPD-Fraktion eine Anfrage an den Gemeindevorstand hinsichtlich des Sachstandes des Spielplatzprojektes in Niederweimar gerichtet. Bis zum heutigen Zeitpunkt habe aus Sicht der SPD-Fraktion noch keine Umsetzung des mit den Anliegern und den Kindern der Grundschule Niederweimar entwickelten Konzeptes festgestellt werden können. Daraus ergäben sich für die Fraktion folgende Fragen:

1. Gibt es nachvollziehbare Gründe für den Zeitverzug?
2. Wann ist mit einer Realisierung des Projektes zu rechnen?
3. In Anbetracht der Tatsache, dass über den Vermarkter, die HLG, bezüglich des Kaufpreises der Grundstücke ein Anliegeranteil für die Errichtung eines Spielplatzes eingerechnet wurde, wie hoch ist der dadurch erzielte und abrufbare Betrag für die Realisierung des Spielplatzes?

Bürgermeister Peter Eidam erklärte hierzu, dass das für den Spielplatz vorgesehene Gelände sehr uneben gewesen sei und bereits von 2 Mandatsträgern ehrenamtlich mit Gerätschaften eine Egalisierung versucht wurde. Ebenso sei dort die Firma Cemex an einer Herrichtung des Geländes beteiligt gewesen. Im Oktober habe bereits eine Einsaat stattfinden sollen, wobei dann festgestellt wurde, dass das Erdreich für die Einsaat mit Maschinen zu feucht war. Darüber hinaus lägen auf dem Gelände noch sehr viele Steine, die beseitigt werden müssten.

Aus seiner Sicht gebe es keinen Zeitverzug, da in der unmittelbaren Nachbarschaft noch Baugruben ausgehoben und Einfriedigungen gesetzt würden. Die Gemeinde werde daher im kommenden Jahr die Maßnahme umsetzen. Hierzu gebe es in den nächsten Tagen ein Gespräch mit beteiligten Eltern und es gebe auch einen Gestaltungsplan.

Die vertraglichen Vereinbarungen mit der HLG sehen vor, dass ein Betrag von 20.000,- € für den Spielplatz zu verwenden seien.

Herr Happel (CDU) erklärte, dass unmittelbare Grundstücksnachbarn zu dem Spielplatzgelände ihre Grundstücke um etwa ½ m aufgefüllt hätten. Auch aus diesem Grunde sei es sinnvoll, dass zunächst einmal die Grundstücksnachbarn ihre Flächen gestalten.

Herr Wenz (SPD) erklärte, dass zusammen mit dem Jugendpfleger und der

Grundschule Gestaltungsvorschläge für den Kinderspielplatz erarbeitet wurden, in sofern hätte nach Meinung seiner Fraktion bereits eine Umsetzung erfolgen können.

Beratungsergebnis: ohne

14.3. Anfrage der SPD-Fraktion zur aktuellen Belegung der Kindergärten in der Gemeinde Weimar (Lahn) zum Stichtag 31.07.2011

Drucksache: 11/40/2011/11-16

Von Seiten der SPD-Fraktion lag folgende schriftliche Anfrage an den Gemeindevorstand vor:

Im Hinblick auf den ab dem 01.01.2013 geltenden gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für unter 3-jährige Kinder bitten wir um Mitteilung der Ist-Situation in den Kindergärten im Gemeindegebiet zum Stichtag 31.07.2011.

Hierzu lag der Verwaltung ein Fragenkatalog vor, in denen für die einzelnen Kindergärten die möglichen künftigen Kinder mit Herkunftsortsteil aufgeführt werden sollten.

Bürgermeister Eidam erläuterte hierzu, dass die Fragen von der Verwaltung beantwortet wurden und allen Mitgliedern der Gemeindevertretung in elektronischer Form übermittelt würden.

Ergänzend führte Herr Eidam aus, dass aufgrund ganz aktueller Medienmeldungen über eine Zusammenkunft hessischer Städte in Marburg vermutlich eine Verschiebung des Zeitraumes von 2013 auf 2018 angedacht sei, da die Kommunen größtenteils überfordert seien, den Vorgaben bezüglich der Schaffung von Kindergartenplätzen für unter 3-Jährigen Folge zu leisten. Darüber hinaus, so Bürgermeister Eidam, werde auf Bundesebene ein Betreuungsgeld für unter 3-Jährige diskutiert, welches sicherlich ebenfalls Auswirkungen auf tatsächlich in Anspruch genommene Plätze haben werde.

Beratungsergebnis: ohne

Mündliche Anfragen:

- a) Herr Winfried Laucht (FBW) wollte noch einmal zurückkommen auf die Erwähnung des Bürgermeisters auf die noch zu erstellende Eröffnungsbilanz, die dem Parlament ja bereits von seinem Vorgänger zugesagt wurde. Nach Meinung seiner Fraktion sei die Eröffnungsbilanz zwingend notwendig für die durchzuführenden Haushaltsberatungen. Wenn er, so Herr Laucht, den Bürgermeister bei der Einbringung des Nachtrages richtig verstanden habe, gebe es zeitliche Probleme bezüglich der Vorlage. Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass es sicherlich Zeitprobleme bezüglich der Erstellung der Eröffnungsbilanz geben würde. Hier bedürfe es diesbezüglich personeller Anstrengungen. Man werde zwar den Entwurf einer Eröffnungsbilanz vorlegen können, jedoch müsse das noch personell untermauert werden.

15. Verschiedenes

- a) Herr Stephan Wenz (SPD) erklärte, dass er eine persönliche Erklärung abzugeben habe:
Durch die aktuelle Entscheidungsfindung zum Thema Stromkonzession sehe er sich veranlasst, einige grundsätzliche Ausführungen zu machen. In der letzten Ausschusssitzung habe er feststellen müssen, dass die eine oder andere Fraktion keinen Beitrag zur Beratung tätigte oder eine Position zu diesem Thema artikulierte.
Trotz dieser unklaren Situation sei es nun heute zum Glück zu einer

Entscheidung gekommen. Man stelle sich vor, es wäre zu einer Stimmgleichheit gekommen und damit zu keiner Entscheidung und einem Plan B habe in dieser gewichtigen Entscheidung nicht existiert. Die damit verbundenen fatalen Folgen wolle er nicht weiter darstellen.

Er appelliere daher: Zeigen Sie in Zukunft Bereitschaft zum Meinungs austausch und beziehen Sie Position. Nichts sei wichtiger als eine inhaltsreiche Debatte mit klaren und möglichst nachvollziehbaren Standpunkten.

Angesichts der kommenden wichtigen und zukunftswirksamen Entscheidungen bräuchte man eine sichtbare politische Kultur, da man ansonsten Gefahr laufe, nicht mehr wahrgenommen zu werden und der Politikverdrossenheit einen Bärendienst zu erweisen:

Herrn Möller forderte er auf, bei zukünftigen Anträgen auf Vertagung von Vorgängen auch nachvollziehbare Begründungen darzulegen. Es sei nicht damit getan, dies mit dem Vorliegen neuer Erkenntnisse zu begründen; daraus ergebe sich keine Nachvollziehbarkeit.

So habe er erwartet, dass er im Rahmen der Beratungen im Ausschuss bzw. in dieser Sitzung die Gründe für den Antrag dargelegt hätte. Diese Erwartung hätte er an einem stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeindevertretung und stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gehabt.

- b) Am 15.11.2011 finde vom 18.00 bis 21.30 Uhr im Bürgerhaus Lohra ein Lehrgang für Mandatsträger statt und am 03.12. von 9.30 Uhr bis 14.00 Uhr ein Lehrgang für Parlamentsneulinge zum Haushaltsrecht, ebenfalls im Bürgerhaus Lohra.
- c) Nächste Sitzungsrunde:
 - 05.12.11 Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport,
 - 06.12.11 Ausschuss für Bauen, Planen, Energie und Umweltschutz,
 - 12.12.11 Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss
 - 15.12.11 Sitzung der Gemeindevertretung um 19.00 Uhr im Bürgerhaus Allna.

Ende der Sitzung: 22.20 Uhr.

Der Vorsitzende:

Im Original unterschrieben
Kurt Barth

Die Schriftführerin:

Im Original unterschrieben
Rita Rohrbach